



Beim Demo-Rave von gerade.denken in der Hasenheide in Berlin tanzen die Menschen in abgesteckten Feldern, sodass die Abstandsregeln besser kontrolliert werden können. Fotos: Louisa Theresa Braun

Party im Rechteck

Rave Tanzveranstaltungen bleiben vorerst verboten, viele Feierwütige der Berliner Techno-Szene weichen in die Illegalität aus. Ein neues Kollektiv will zeigen, dass es auch anders geht und organisiert Demo-Raves unter freiem Himmel. Von Louisa Theresa Braun

Lauter Techno-Musik schallt durch den Volkspark Hasenheide in Berlin-Kreuzberg. Die Wiese am Eingang Hermannplatz ist mit rot-weißem Flatterband in zwanzig Rechtecke unterteilt, in denen etwa hundert junge Menschen ausgelassen tanzen, manche in knappen Outfits, andere im Kapuzenpulli, alle mit FFP2-Maske. Am nördlichen Ende sitzen zwei DJs des Techno-Kollektivs „fhainest“ an einem kleinen Musikpult auf Rädern, am Rande wird die Veranstaltung von Polizisten beobachtet. „Es ist ein tolles Gefühl, endlich wieder tanzen zu können“, sagt Marco Duschl.

Der 29-Jährige ist an diesem Sonnabend auch deshalb zum Demo-Rave gekommen, weil ihm das Hygienekonzept überzeugt hat. Ein Rave ist eine Tanzveranstaltung zu elektronischer Musik und eigentlich aufgrund der Corona-Regeln noch nicht wieder erlaubt. Dennoch fanden seit Beginn der Pandemie zahlreiche illegale Raves in Berlin statt, zum Beispiel im Plänterwald oder in der Hasenheide, auch in Bernau. Oft wurden dabei die Abstands- und Hygieneregeln missachtet. Dem möchte das 2020 von verschiedenen Gruppen der Berliner Techno-Szene gegründete Kollektiv gerade.denken in diesem Sommer legale Raves mit Hygienekonzept entgegensetzen, die als Demonstration angemeldet werden.

Demonstrationen sind erlaubt

Denn auch nach der neuen Verordnung für Infektionsschutzmaßnahmen, die seit dem 19. Mai gilt, werden in Berlin keine Open-Air-Partys erlaubt sein. „Zwar werden Veranstaltungen im Freien mit bis zu 250 Personen zugelassen, es wird jedoch vorgeschrieben, dass alle Teilnehmenden einen festen Sitzplatz zugewiesen bekommen müssen. Hintergrund dieser Regelung ist exakt die Überlegung, so Open-Air-Partys und -Raves zu unterbinden“, sagt Christine Delzeit-Peters, Sprecherin der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit. Veranstalter illegaler Partys droht ein Bußgeld von bis zu 15.000 Euro.

Politische Kundgebungen und Demonstrationen dagegen sind ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl unter Einhaltung der Hygie-



Christian Mast (31) ist Sprecher von gerade.denken. Er ruft die Teilnehmenden dazu auf, sich unbedingt an die Hygieneregeln zu halten. Die Corona-Ampel am DJ-Pult leuchtet gerade Gelb.

Auch wenn die erste Tanz-Kundgebung nur eine Stunde dauerte, ist das Team von gerade.denken zufrieden – und bereitet sich auf die nächste Veranstaltung vor.

„Weil zu viele Menschen kommen, wird der Rave vorzeitig abgebrochen.“

nerichtlinien erlaubt. „Wir verstehen die Anmeldung als Demo jedoch nicht als ‚Trick‘, um doch irgendwie feiern zu können, sondern begreifen uns klar als politische Veranstaltung“, sagt Christian Mast, der 31-jährige Sprecher von gerade.denken. Der Name spielt auf die Bewegung Querdenken an, die die Corona-Maßnahmen ablehnt und zum Teil Verschwörungstheorien verbreitet. „Querdenken vertritt Ansichten, die gefährlich sind. Wir leben

nicht in einer Diktatur und es gibt einen wissenschaftlichen Diskurs, dem wir vertrauen. Unser Konsens ist, dass Corona eine große Gefahr ist und Feiern mehr Spaß macht, wenn wir uns an Regeln halten“, sagt Mast. Um ausreichend Abstand zwischen den Teilnehmenden zu gewährleisten, ist die Tanzfläche in zwanzig Rechtecke eingeteilt, in denen sich maximal zehn Personen aufhalten dürfen. Da Maskenpflicht gilt, müssen die Feiernden die Felder zum Trinken oder Rauchen verlassen.

Hygienekonzept funktioniert

Am DJ-Pult leuchtet eine „Corona-Ampel“, je nachdem wie voll es ist, in Grün, Gelb oder Rot. Bei Rot wird die Musik unterbrochen, solange bis die Abstände wieder eingehalten werden. „Das Hygienekonzept und die Kommunikation mit dem Versammlungsleiter funktionieren sehr gut“, sagt Polizeihauptkommissar Kay Bremermann. Problematisch sei jedoch, dass der Rave viele Menschen anzieht, die sich außerhalb der abgesteckten Felder gruppieren. Aus diesem Grund un-

tersagt die Polizei das Abspielen der Musik schon nach gut einer Stunde, woraufhin der erste Demo-Rave von gerade.denken nach drei letzten Redebeiträgen beendet wird.

Marco Duschl findet das ungerrecht. „Die Menschen hier sind alle sehr achtsam, ich sehe kein Gefährdungspotenzial. Die Polizei sollte dafür verantwortlich sein, dass solche Veranstaltungen sicher stattfinden können.“ Seine Begleiterin würde sich von der Polizei kon-



Marco Duschl (29) freut sich, nach langer Zeit mal wieder tanzen zu können. Am Rave im Volkspark Hasenheide gefallen ihm das Hygienekonzept und der politische Anspruch.

struktive Lösungen wünschen. „Raves sind so ein wichtiges soziales Element, ein Ritual, das kollektiven Zusammenhalt schafft“, sagt sie.

Feiern mit gutem Gewissen

Gerade.denken nimmt das vorzeitige Ende an diesem Tag gelassen. „Die Menschen auf der Tanzfläche haben sich richtig verhalten und genau das wollten wir beweisen: dass es möglich ist, mit gutem Gewissen zu so einer Veranstaltung zu kommen“, sagt Christian Mast.

Die nächste Kundgebung ist bereits an diesem Sonnabend, von 5 bis 20 Uhr, am Brandenburger Tor geplant, als Gegendemonstration zu einer Querdenken-Veranstaltung im Tierpark. Dort soll es allerdings weniger Musik und mehr Redebeiträge geben, um Chaos und Eskalationen zu vermeiden. Den nächsten Demo-Rave zum Tanzen möchte gerade.denken an einem Ort anmelden, an dem mehr Platz für die Teilnehmenden ist. Die Termine werden über Instagram bekannt gegeben.

Sobald die Infektionszahlen und die Corona-Verordnung es wieder zulassen, will gerade.denken auch offizielle Partys veranstalten, zum Beispiel auf Open-Air-Veranstaltungsgeländen oder im Außenbereich von Clubs. Dafür soll das Hygienekonzept durch Corona-Tests und Teilnehmerlisten ergänzt werden. „Es ist ja auch schön, wenn es auf Partys mal nicht um Politik gehen muss, aber in diesem Sommer wird das schwer zu trennen sein. Deshalb sind unsere Raves politisch“, sagt Mast.

Infos bei Instagram <https://www.instagram.com/gerade.denken/>

Zwölf Jahre Haft für Totschlag

Urteil Im Oktober hatte der schuldig Gesprochene einem 13-Jährigen ein Messer in die Brust gestochen.

Berlin. Nach dem gewaltsamen Tod eines 13 Jahre alten Jungen in Berlin-Mitte ist der Angeklagte zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Das Landgericht der Hauptstadt sprach den 41-Jährigen am Donnerstag des Totschlags sowie der gefährlichen Körperverletzung schuldig. Er hatte dem Jungen Ende Oktober 2020 im Monbijoupark nach einem Streit ein Messer in die Brust gestochen und einen Begleiter des Jugendlichen verletzt. Der Mann mit türkischer Staatsbürgerschaft soll sich bei der zufälligen Begegnung in einem Tunnel zunächst über eine Beinahe-Rampelei des Jungen aufgeregt haben. Nachdem einige Begleiter des Jungen hinzugegetreten waren, habe der Angeklagte zugestochen. Das Opfer, das mit seiner Familie vor einigen Jahren aus einem Flüchtlingslager in Syrien nach Deutschland geflüchtet war, verstarb noch im Park.

Die Staatsanwaltschaft hatte auf zwölf Jahre Haft wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung plädiert. Die Verteidigerin verlangte Freispruch aufgrund von Notwehr. Die Nebenklage-Anwälte, die die Eltern des Getöteten vertreten, verlangten einen Schuldspruch wegen Mordes. Der Angeklagte hatte eine Tötungsabsicht zurückgewiesen. Er habe das Messer „zur Selbstverteidigung“ gezogen, weil er einen Angriff mehrerer jugendlicher befürchtet habe. Was geschah, tue ihm sehr leid. dpa

Rechte Feindeslisten

Ermittlung Extremisten haben Daten von fast 1000 Berlinern gesammelt.

Berlin. Rechtsextremisten haben in den vergangenen fünf Jahren mindestens vier Datensammlungen mit den Namen von knapp 1000 Berlinern angelegt. Darin befinden sich personenbezogene Daten wie Namen, Anschriften, Telefonnummern sowie Berufe. Das geht aus der Antwort der Berliner Innenverwaltung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus, Anne Helm und Niklas Schrader, hervor.

Drei der Sammlungen, die auch als Feindeslisten bezeichnet werden, stellte die Polizei bei Durchsuchungen im Zusammenhang mit Ermittlungen zur rechten Anschlagsserie in Neukölln sicher. Bei den Verfassern handle es sich in drei Fällen um Personen der rechten Szene Berlins. Urheber einer weiteren Datensammlung, die auch eine Karte von Asylbewerberunterkünften umfasst, sei die NPD. dpa

GIFTIGE SAMEN

Die Berliner Polizei hat bei der Durchsicht einer Wohnung in Panikow giftige Rizinusamen gefunden. Verarbeitet kann aus den Samen Rizin gewonnen werden, was bereits in niedrigsten Konzentrationen tödlich wirken kann. Am Mittwochabend hatten die Einsatzkräfte die Wohnung eines 22-Jährigen durchsucht. Es bestand der Verdacht, dass der junge Mann eine große Menge Rizinusamen missbräuchlich verwendet hatte. Die Beamten entdeckten zwar rund 100 der giftigen Samen, jedoch waren diese nicht verarbeitet. Eine Straftat habe daher nicht vorgelegen, der junge Mann sei nicht festgenommen worden. dpa

Parteitag der AfD im Zelt

Berlin. Die Berliner AfD plant an den ersten beiden Juni-Wochenenden zwei Parteitage auf einem landeseigenen Grundstück in Biesdorf. Nach einem Bericht der „tageszeitung“ soll die Partei auf der fraglichen Brachfläche für ihre Treffen ein großes Zelt aufbauen. Parteisprecher Ronald Gläser machte dazu auf Anfrage keine Angaben. Die für Landesgrundstücke zuständige Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) teilte der „taz“ mit, dass die fragliche Fläche am U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz der Partei „für einen begrenzten Zeitraum vermietet“ worden sei.

Seit rund zwei Jahren findet die AfD in Berlin keine Räumlichkeiten mehr für Parteitage, weil viele Anbieter nicht mit ihr in Zusammenhang gebracht werden wollen. Ihren letzten Parteitag hielt die Berliner AfD im März vor den Toren der Stadt im brandenburgischen Paaren (Havelnd) ab. 2019 hatte die AfD den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) gebeten, ihr öffentliche Räume bereitzustellen. Die damalige Senatssprecherin Claudia Süsser erteilte dem Ansinnen aber eine Abfuhr: Der Bürgermeister sei nicht der „alleroberste Saalvermieter“. dpa

Verbot von Demos gegen Corona- und Israel-Politik

Berlin. Nach dem Verbot von Demonstrationen gegen die Corona-Politik an diesem Pfingstwochenende haben die Organisatoren angekündigt, rechtlich dagegen vorzugehen. Am Verwaltungsgericht Berlin sei dazu bislang jedoch nichts eingegangen, sagte eine Sprecherin des Gerichts am Donnerstag. Mehrere Protestkundgebungen wurden von der Versammlungsbehörde verboten – darunter zwei Demonstrationen von Kritikern der staatlichen Corona-Beschränkungen mit jeweils 16.000 angemeldeten Teilnehmern unter dem Motto „Pfingsten in Berlin“. Ein



Eine Demo gegen die Corona-Politik von „Querdenken“ Foto: dpa

Polizeisprecher sagte, die Verbote fußen „primär auf dem Infektionsschutz und der prognostizierten Versammlungslage“. Auch

eine Demonstration palästinensischer Gruppen gegen die Politik Israels am Sonnabend in Kreuzberg ist aus diesem Grund von der Polizei verboten worden. Bei ähnlichen Demonstrationen hätten zuletzt viele Teilnehmer weder Masken- noch Abstandspflicht eingehalten. Für die Demonstration mit dem Titel „Nahostkonflikt“ waren 2000 Teilnehmer angemeldet.

Trotz der Verbote plant die Polizei einen Großeinsatz mit 3000 Beamten, da es sein könne, dass Menschen trotzdem anreisen und sich versammeln würden, sagte ein Sprecher. dpa